

Bestandesaufnahme von Angebotsstrukturen der Jugendarbeit und kommunalen Jugendförderung im Kanton Aargau

Kurzfassung

Im Auftrag des Departements Bildung, Kultur und Sport (BKS) des Kantons Aargau,
Fachstelle Jugend

Februar 2011

**Rahel Heeg
Olivier Steiner
Julia Gerodetti**

Inhaltsverzeichnis

1 Ausgangslage	2
1.1 Definitionen von Jugendarbeit	2
1.2 Datenerhebung und -auswertung	3
2 Die wichtigsten Ergebnisse: Zusammenfassung und Empfehlungen	4
2.1 Jugendförderung und politische Beteiligung Jugendlicher in den politischen Wohngemeinden	4
2.2 Empfehlungen zur Jugendförderung und politischen Beteiligung Jugendlicher in den politischen Wohngemeinden des Kantons Aargau	7
2.3 Offene/mobile Jugendarbeit und Verbandsjugendarbeit	9
2.4 Empfehlungen für die offene/mobile Jugendarbeit und Verbandsjugendarbeit	12
3 Literaturverzeichnis	15

1 Ausgangslage

Das Institut Kinder- und Jugendhilfe der Hochschule für Soziale Arbeit, Fachhochschule Nordwestschweiz hat im Auftrag der Fachstelle Jugend des Kantons Aargau eine Bestandesaufnahme im Bereich der Jugendförderung im Kanton Aargau durchgeführt. Dabei wurden dokumentiert:

- die Angebote offener und verbandlicher Jugendarbeit im Kanton Aargau;
- die Verankerung von Themen der Jugendförderung in den politischen Gemeinden des Kantons Aargau;
- Gelegenheiten zur politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den politischen Gemeinden des Kantons Aargau.

Der vorliegende Bericht präsentiert die Hauptergebnisse dieser Bestandesaufnahme für den Kanton Aargau. Bezugszeitraum ist das Jahr 2010.

1.1 Definitionen von Jugendarbeit

Was im Rahmen der Untersuchung unter offener Jugendarbeit und Verbandsjugendarbeit jeweils verstanden wird, wird im Folgenden erläutert.

Stationäre offene Jugendarbeit

Unter dem Begriff "stationäre offene Jugendarbeit" werden im Folgenden solche Angebote zusammengefasst, die sich an alle Kinder und Jugendlichen eines Einzugsgebiets im Alter zwischen 12 und 20 Jahren richten, die in der Regel in eigens für diesen Zweck bereitgestellten Räumlichkeiten durchgeführt werden, die zu einem erheblichen Teil aus offenen Treffmöglichkeiten bestehen, also aus wenig vorstrukturierten Gelegenheiten für Heranwachsende, sich zwanglos zu treffen und die bereitgestellte Infrastruktur eigentätig zu nutzen und deren Nutzung nicht an Mitgliedschaften oder andere Zugangsvoraussetzungen gebunden sind.

Mobile oder aufsuchende offene Jugendarbeit

Unter dem Begriff "aufsuchende Jugendarbeit" bzw. "mobile Jugendarbeit" werden solche Formen von Jugendarbeit zusammengefasst, bei denen Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter mit Jugendlichen an Orten in Kontakt treten, die von Jugendlichen eigentätig als Treffpunkte genutzt werden, die aber gerade nicht durch öffentliche bzw. institutionelle Verabredungen als Jugendtreffpunkte markiert oder zu diesem Zweck bereitgestellt wurden.

Verbandsjugendarbeit

Unter dem Begriff "Verbandsjugendarbeit" oder "verbandliche Jugendarbeit" werden im Folgenden solche Angebote zusammengefasst, die von Jugendverbänden angeboten werden, bei denen eine Mitgliedschaft möglich und bei einer längerfristigen Nutzung des Angebots üblich ist und die vorwiegend in der Form von Gruppenarbeit durchgeführt werden. Die Untersuchung behandelt ausschliesslich das Angebot der Verbände "Schweizer Verband der Christlichen Vereine Junger Frauen und Männer" (Cevi), Jungwacht/Blauring und "Pfadibewegung Schweiz" (Pfadi).

1.2 Datenerhebung und -auswertung

Erhebungsgruppen

Die Daten stammen aus unterschiedlichen Quellen:

- Die zuständigen Gemeindevertreter/innen für Jugendthemen des Kantons Aargau wurden aufgefordert, Auskunft zu Angeboten im Bereich Jugendförderung und politischer Partizipation Jugendlicher in ihrer Gemeinde, zu Kooperationen und zu ihren Einschätzungen bezüglich der Bearbeitung von Jugendthemen in ihrer Gemeinde zu geben. Insgesamt liegen für 88% aller Gemeinden Informationen vor.
- Die Anbietenden offener/mobiler Jugendarbeit gaben Auskunft über Nutzungsmuster ihrer Angebote, über Angebots- und Finanzierungsformen, Kooperationen sowie Einschätzungen über die Situation der Jugendarbeit und Handlungsbedarfe.
- Die Jugendverbände Jungwacht/Blauring, Pfadi und Cevi beschrieben ihr Angebot, die Zahl der Mitglieder und der Leitenden sowie die Finanzierungsquellen.
- Zusätzlich wurden mit dem Präsidenten des Dachverbandes Offene Jugendarbeit Aargau AGJA und dem Leiter der Fachstelle Jugend halbstrukturierte Interviews geführt.

2 Die wichtigsten Ergebnisse: Zusammenfassung und Empfehlungen

2.1 Jugendförderung und politische Beteiligung Jugendlicher in den politischen Wohngemeinden

Angebotsstruktur: Politik für Jugendliche statt Politik mit Jugendlichen

In der föderalistischen Schweiz übernehmen die politischen Gemeinden bei Themen der Jugendförderung und der politischen Beteiligung Jugendlicher eine Schlüsselfunktion. Auf der Grundlage der hier vorliegenden Daten lässt sich festhalten, dass in den Gemeinden des Kantons Aargau das Bewusstsein für die Wichtigkeit von Jugendförderung und der politischen Beteiligung der Jugend insgesamt hoch ist, die Strukturen der Jugendförderung und der politischen Beteiligungsmöglichkeiten auf Gemeindeebene hingegen noch deutlich ausgebaut werden können. Diese Einschätzung verdeutlichen die folgenden Kennwerte:

- 92% der befragten Gemeindevertreter/innen sagen aus, Jugendliche und ihre Anliegen würden in ihrer Gemeinde ernst genommen;
- 66% der befragten Gemeindevertreter/innen sagen aus, in ihrer Gemeinde werde Jugendförderung ernst genommen;
- 47% der befragten Gemeindevertreter/innen bejahen die Frage, die Gemeinde führe genügend Projekte zur Jugendförderung durch;
- 44% der befragten Gemeindevertreter/innen sagen aus, Jugendliche könnten Einfluss auf politische Entscheidungen in ihrer Wohngemeinde nehmen;
- 21% aller Gemeindevertreter/innen schätzen ihr Angebot im Bereich der politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als gut oder eher gut ein.

Den Einschätzungen der Gemeindevertreter/innen stehen die effektiven Angebotsstrukturen gegenüber:

- In 49% der Gemeinden, welche an der Befragung teilgenommen haben, sind keine politischen Gefässe für Jugendförderung institutionalisiert (weder Jugendkommission noch Jugendbeauftragte) und haben Jugendliche keine Möglichkeit, am politischen Leben mitzuwirken;
- 40% der teilnehmenden Gemeinden verfügen weder über offene/mobile Jugendarbeit noch über politische Gefässe für Jugendförderung noch über politische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche;

- 20% der teilnehmenden Gemeinden verfügen über ein jugendpolitisches Leitbild;
- 25% der teilnehmenden Gemeinden haben eine/n Jugendbeauftragte/n;
- 33% der teilnehmenden Gemeinden verfügen über eine Jugendkommission;
- In 31% der teilnehmenden Gemeinden haben Jugendliche politische Partizipationsmöglichkeiten.

In Bezug auf Jugendförderung und politische Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche erscheint die Situation im Kanton Aargau auf Gemeindeebene als äusserst heterogen. Ungefähr die Hälfte aller Gemeinden, die sich an der Untersuchung beteiligt haben, hat keine spezifischen politischen Gefässe zur Bearbeitung von Jugendthemen, in vielen von ihnen (insgesamt 40%) besteht auch kein Angebot an offener/mobiler Jugendarbeit. Gleichzeitig sind andere Gemeinden äusserst aktiv und verfügen über jugendpolitische Leitbilder, Jugendkommissionen und/oder Jugendbeauftragte. Dieses Gefälle zeigt sich exemplarisch auch bei der Frage, wie viele jugendbezogene Themenfelder und Arbeitsbereiche (beispielsweise Entwicklung von Angeboten für Kinder und Jugendliche oder Vermittlung von jugendrelevantem Wissen) in der Gemeinde bearbeitet werden: Gemäss den Aussagen der Gemeindevertreter/innen werden in 45% der Gemeinden maximal 4 Themenfelder und Arbeitsbereiche bearbeitet, während 15% der Gemeinden in mindestens 15 Themen und Arbeitsbereichen aktiv sind.

Die Einschätzungsfragen verweisen auf ein ähnliches Gesamtbild: 53% aller befragten Gemeindevertreter/innen schätzen die Zahl der Jugendförderungsprojekte als ungenügend ein, 43% attestieren den Verantwortlichen für Jugendförderung, sie würden nicht oder eher nicht professionell arbeiten; 44% meinen, in ihrer Gemeinde werde Jugendförderung nicht oder eher nicht ernst genommen; 79% erachten die politischen Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche als ungenügend. 66% der antwortenden Gemeindevertreter/innen sagen aus, in ihrer Gemeinde stünden für die Jugendförderung zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung. Mehr als 40% aller befragten Gemeindevertreter/innen sehen Bedarf an Beratung oder Weiterbildung sowohl bei operativen als auch strategischen Fragen der Jugendförderung und der politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Insgesamt zeigt sich von Gemeindevertreter/innen aus ländlichen Regionen eine etwas schlechtere Einschätzung des Angebots (Zahl an Projekten für Jugendförderung, Wirkung von Projekten, Mitwirkungsmöglichkeiten).

Gemessen an den Standards der Kinder- und Jugendförderung in der Schweiz besteht in den meisten Gemeinden des Kantons Aargau somit noch Entwicklungsbedarf. Die wichtigsten Empfehlungen der Konferenz der kantonalen Beauftragten für Kinder und Jugendförderung auf der Ebene Gemeinde sind (KKJF 2010: 7ff):

- Die Gemeinden verfügen über ein Leitbild/Konzept zu Kinder- und Jugendförderung;
- die Gemeinden ermöglichen und fördern die Partizipation von Kindern und Jugendlichen;

- jede Gemeinde/Region verfügt über eine/n kommunale/n Jugendbeauftragte/n (vorzugsweise mit einer Ausbildung im Sozialbereich);
- die verschiedenen Akteure vernetzen sich lokal, regional und kantonal;
- jede Gemeinde/Region verfügt über eine Kinder- und Jugendkommission, die mehrheitlich aus Fachpersonen zusammengesetzt ist;
- die Gemeinden stellen die nötigen finanziellen, personellen und infrastrukturellen Ressourcen zur Verfügung.

Insbesondere im Bereich der politischen Mitbestimmung Jugendlicher besteht grosser Handlungsbedarf. Der Vergleich mit Deutschland verdeutlicht dies: Bei einer Befragung von 564 Städten und Gemeinden im Jahr 2004 ermöglichten knapp 80 Prozent der deutschen Kommunen Kindern und Jugendlichen, sich an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen (Bertelsmann Stiftung 2004). Bei der hier vorliegenden Befragung boten demgegenüber nur 36% aller teilnehmenden Gemeinden in Kanton Aargau Jugendlichen die Möglichkeit, sich bei Entscheidungsfindungen zu beteiligen. Überraschend gering ist die Zahl an Kommissionen, welche jugendliche Mitglieder hat. Nur insgesamt 9 Gemeinden (7% von 124 Gemeinden, welche an der Befragung teilgenommen hatten, 4% aller Gemeinden im Kanton Aargau) verfügen über institutionalisierte Formen der politischen Mitwirkung Jugendlicher. Diese Zahl ist als sehr niedrig einzustufen. Politische Beteiligungsprojekte von Jugendlichen leben dadurch vom Engagement einzelner Personen und haben oft unzureichende personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung (vgl. Bertelsmann Stiftung 2004). Deshalb sind viele Aktivitäten nur von kurzer Dauer. Ohne nachhaltige und strategische Verankerung im Rahmen politisch übergeordneter Mandate und ohne den Aufbau verlässlicher Strukturen hängt die Beteiligung von jungen Menschen vom Belieben von Erwachsenen ab, welche Partizipation häufig nicht als Recht ansehen, sondern als Gunst gewähren (Bundesministerium für Familie 2010: 28).

Die aktuell gelebte Jugendpolitik in den Gemeinden des Kantons Aargau ist mehrheitlich eine Politik über und für Jugendliche und nicht Politik mit Jugendlichen. Auch die Einschätzungen zur tatsächlich stattfindenden Partizipation von Jugendlichen lassen aufhorchen: 90% der Gemeindevertreter/innen sehen eher keine Wirkung durch politische Beteiligung Jugendlicher und nur 6% der teilnehmenden Gemeindevertreter/innen beurteilen die Nutzungsintensität von Gefässen politischer Beteiligung durch Jugendliche positiv. Geht man davon aus, dass demokratische Werthaltungen und politische Beteiligung erst erlernt und entwickelt werden müssen und dass gerade auch für Kinder und Jugendliche ihre politische Wohngemeinde als unmittelbares Lebensumfeld eine entscheidende Gelegenheit für die Einführung in die Kultur demokratischer Aushandlungsprozesse ist, dann wird erkennbar, dass hier wichtige Chancen ungenutzt bleiben (Jaun 2001; Rickenbacher 2005). Es sind auch im Kanton Aargau immer noch (zu) wenige Gemeinden, die die Potenziale von politischen Beteiligungsstrukturen, die Kinder und Jugendliche aktiv einbeziehen, erkennt. Denn politische Gemeinden, die Kinder und Jugendliche an den sie betreffenden Fragen beteiligen,

profitieren doppelt: Sie verbessern ihre Angebote für Kinder und Jugendliche, weil sie deren Wissen als Expert/innen ihrer eigenen Lebenswelt in den Entscheidungsfindungen mitberücksichtigen können. Gleichzeitig stärken sie die Demokratieorientierung der jungen Generation. Kinder und Jugendliche erfahren, dass ihre Meinung zählt und dass sie ihre Lebenswelt mitgestalten können. Politische Beteiligungsformen von Kindern und Jugendlichen beinhalten damit vielfältige Bildungschancen: Kinder und Jugendliche beobachten und erfahren das wechselseitige Verhältnis von Mitspracherechten und Verantwortungsübernahme. Sie lernen, verschiedene Perspektiven in die Entscheidungsfindung einzubeziehen und Konsequenzen und zukünftige Entwicklungen abzuschätzen, sich mit anderen Interessensgruppen zu verständigen, sachgerecht zu argumentieren und zu überzeugen, vieldeutige Situationen auszuhalten, Kompromisse zu schliessen und auch mal trotz Widerständen durchzuhalten. Sie lernen, anstrengende und manchmal frustrierende Prozesse durchzustehen (Quesel/Oser 2006). Die Beteiligung junger Menschen fördert damit die Entwicklung von sozialen, personalen und sachbezogenen Kompetenzen (Jaun 2001).

Beurteilung der bestehenden Strukturen kommunaler Jugendpolitik

Wo jugendpolitische Strukturen bestehen, erscheinen diese mit Blick auf die vorliegenden Kenndaten als insgesamt stabil, konzeptionell verankert und weitgehend professionalisiert. Der Grad an Zusammenarbeit und Austausch innerhalb der Gemeinden und gemeindeübergreifend ist als hoch einzuschätzen. Die Mehrheit aller Jugendbeauftragten ist zu 50% und mehr angestellt und verfügt über eine Ausbildung im Sozialbereich. Die bestehenden Jugendkommissionen verfügen mehrheitlich über einen definierten Auftrag (80%) und eine Form des Controllings (76%). Die Jugendkommissionen werden zu 80% vom Gemeinderat angehört. Die vorhandenen Jugendkommissionen und Jugendbeauftragten scheinen damit mehrheitlich über Kompetenzen und Ressourcen zu verfügen, um sich in politische Entscheidungsprozesse einbringen zu können. Die Einschätzung des Ausmasses an Professionalität ist von Gemeindevertreter/innen aus ländlichen Gemeinden allerdings insgesamt niedriger als von Gemeindevertreter/innen aus städtischen oder Agglomerationsgemeinden.

2.2 Empfehlungen zur Jugendförderung und politischen Beteiligung Jugendlicher in den politischen Wohngemeinden des Kantons Aargau

Die dargestellten Ergebnisse verweisen auf die Notwendigkeit der *Förderung von institutionalisierten Beteiligungsmöglichkeiten* Jugendlicher bei politischen Entscheidungsprozessen in den Wohngemeinden des Kantons Aargau. Damit diese politischen Partizipationsmöglichkeiten in den Gemeinden nachhaltig und personenunabhängig entwickelt werden können, sind finanzielle Ressourcen, kontinuierliche Strukturen, fachliche Informations- und Unterstützungsleistungen wie auch übergeordnete jugendpolitische Strategien (beispielsweise des Kantons oder des Bundes) als notwendige Grundlage zu verstehen.

Wir empfehlen, dass alle Gemeinden des Kantons Aargau *Konzepte der Jugendförderung* mit überprüfbaren Zielen erarbeiten und regelmässig weiterentwickeln. Kinder und Jugendliche sollten sowohl bei der Erarbeitung als auch bei der Umsetzung und Weiterentwicklung kontinuierlich beteiligt sein.

Wir empfehlen, dass ländliche Regionen in die *Professionalisierung ihrer Jugendförderungsstrukturen* investieren, vorzugsweise in Form von regionalen Jugendbeauftragte/n und regionalen Jugendkommissionen, in welchen Fachkräfte einsitzen und auch Jugendliche Beteiligungsmöglichkeiten erhalten.

Wir empfehlen, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als *Querschnittsaufgabe* in der gesamten Verwaltung zu verankern und die Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche insgesamt deutlich zu erhöhen. Es sollte als Standard angestrebt werden, dass Jugendliche Einsitz in Jugendkommissionen haben. Bei der Frage, welche Formen von politischer Partizipation für Kinder und Jugendliche in einer Gemeinde angeboten werden, sollte die Meinung der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt werden, beispielsweise über regelmässige Bedarfsanalysen. Insgesamt sollte auf ein breites Angebot an Partizipationsmöglichkeiten, sowohl institutionalisierte als auch projektbezogene und offene Formen, geachtet werden, um den unterschiedlichen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden.

Damit Kinder und Jugendliche Beteiligungschancen auch nutzen, braucht es eine *Kultur der Wertschätzung und Anerkennung*. Dies beinhaltet:

- eine wirksame Information von Kindern und Jugendlichen über kommunale Partizipationsangebote;
- ideelle und materielle Formen der Anerkennung ihrer Mitarbeit;
- eine öffentliche Diskussion und Weiterführung der Ergebnisse;
- Formen der Umsetzung und Ausgestaltung, die benachteiligte junge Menschen nicht strukturell ausschliessen.

Insgesamt ist der Bedarf an Beratung und Unterstützung von den Gemeinden hoch. Die Angebote der Fachstelle Jugend (Beratung und finanzielle Unterstützung) sind vor diesem Hintergrund als äusserst wertvoll einzuschätzen. Insbesondere bei Gemeinden und Regionen, in welchen zum jetzigen Zeitpunkte keine Themen der Jugendförderung bearbeitet werden und keine verantwortlichen Gremien bestimmt sind, ist der Entwicklungsbedarf hoch und kann mit passgenauer fachlicher Unterstützung rascher gedeckt werden. Ein massvoller *Ausbau des Beratungs- und Unterstützungsangebots* durch die Fachstelle Jugend erscheint vor diesem Hintergrund sinnvoll. Des Weiteren ist Unterstützung bei Fragen der Qualifizierung von ehrenamtlich wie hauptamtlich Tätigen und bei Fragen der Qualitätsentwicklung sinnvoll. Denkbar sind hierbei beispielsweise Weiterbildungsangebote, Unterstützung von Prozessen der Selbstevaluation und die Förderung des Fachaustausches unter den Netzwerkakteuren.

Eine Frage, welche im Kanton Aargau auf Kantonsebene angegangen werden sollte, ist diejenige, wie Gemeinden, in welchen Fragen der Jugendförderung nicht bearbeitet werden, unterstützt werden können. Vor dem Hintergrund, dass 43% der befragten Gemeindevertreter/innen den Verantwortlichen für Jugendförderung kein oder eher kein professionelles Arbeiten attestieren und 66% aussagen, in ihrer Gemeinde stünden zu wenig finanzielle Mittel für Jugendförderung zur Verfügung, erscheint es wenig wahrscheinlich, dass unter diesen Rahmenbedingungen die Gemeinden aus eigener Kraft Strukturen der Jugendförderung und politischen Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche aufbauen.

2.3 Offene/mobile Jugendarbeit und Verbandsjugendarbeit

Jugendarbeit stellt Kindern und Jugendlichen Erfahrungsräume, Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten zur Verfügung, die weder die Familie noch die Schule noch Vereine anbieten.

Jugendarbeit stellt Kindern und Jugendliche wenig vorstrukturierte Räume bereit, in welchen sie – losgelöst von formalem Wissenserwerb – eine Vielzahl an Aktivitäten ausüben können. Gerade dies macht offene und verbandliche Jugendarbeit zu einem wertvollen und einzigartigen Lern- und Erfahrungsraum. Die Jugendarbeit ermöglicht es Kindern und Jugendlichen, Beziehungen und Freundschaften zu knüpfen bzw. zu pflegen, Heranwachsende aus anderen jugendkulturellen Milieus kennen zu lernen und Toleranz und Konfliktfähigkeit zu entwickeln. Kinder und Jugendliche probieren in Projekten neue Handlungsmöglichkeiten aus, übernehmen (Mit-)Verantwortung und erwerben dadurch neue Kompetenzen (Fauser/Fischer/Münchmeier 2006). Durch ihre dezentrale Verankerung und ihre strukturelle Offenheit ist die Jugendarbeit besonders gut in der Lage, aktuelle Trends und Tendenzen aufzugreifen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen erscheint die Abdeckung durch offene Jugendarbeit im Kanton Aargau ungenügend. 46% aller Gemeinden, von welchen entweder über die Befragung der Gemeindevertreter/innen oder über die Befragung der Angebote offener Jugendarbeit Informationen vorliegen, verfügen über kein Angebot offener oder mobiler Jugendarbeit (zu 20% aller Aargauer Gemeinden liegen keine Informationen vor). Die an der Umfrage teilnehmenden Einrichtungen offener Jugendarbeit erreichen durch stationäre Angebote 2200 Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren und durch die mobile Jugendarbeit 420 Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren.). Grob gerechnet nutzen demnach 6% aller Jugendlichen im Kanton Aargau eines der Angebote offener Jugendarbeit, welche an dieser Befragung teilgenommen haben.¹

Die verbandliche Jugendarbeit erreicht etwa 7000 Kinder und Jugendliche im Schulalter (da von Cevi kantonsübergreifende Nutzungszahlen vorliegen, können keine genauen Angaben über die Nutzungszahlen im Kanton Aargau gemacht werden). Die Abdeckung durch ver-

¹ Per Ende Dezember 2009 waren im Kanton Aargau 41'680 Personen zwischen 12 und 17 Jahren gemeldet.

bandliche Jugendarbeit ist gross, gleichzeitig spricht die verbandliche Jugendarbeit vorwiegend Schweizer Kinder und Jugendliche an; damit ist die Gruppe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund – welche insgesamt über weniger Zugangs- und Verwirklichungschancen verfügt als Schweizer Kinder und Jugendliche (z.B. in Bezug auf Schulerfolg: Coradi Vellacott 2007; Gomolla/Radtke 2002; Kronig 2007) – nicht abgedeckt. Verbandsjugendarbeit und offene Jugendarbeit können sich damit nicht gegenseitig ersetzen, sondern sie wirken ergänzend. Zusätzlich bestehen auch die Angebote der Verbandsjugendarbeit nicht flächendeckend, d.h. nicht alle Kinder und Jugendlichen im Kanton Aargau haben mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Möglichkeit, ein Angebot der Jugendverbände zu erreichen.

Die noch lange nicht flächendeckende Abdeckung von Angeboten offener Jugendarbeit im Kanton Aargau widerspiegelt sich deutlich in den Einschätzungen der befragten Jugendarbeitseinrichtungen. Insgesamt wird das bestehende Angebot als zu klein eingeschätzt, es deckt nach Einschätzung der befragten Jugendarbeitseinrichtungen den gegenwärtigen und zukünftigen Bedarf an Jugendarbeit nicht ab.

Die Angaben der Jugendarbeitseinrichtungen, welche an der Befragung teilnahmen, lassen auf teilweise prekäre Bedingungen schliessen. So hat die Hälfte der Einrichtungen weniger als 50'000 CHF im Jahr zur Verfügung, 40% der Einrichtungen verfügen über insgesamt 50 oder weniger Stellenprozent und nur 35% haben mehr als zwei entlohnte Mitarbeitende angestellt. Gleichzeitig wird in der offenen/mobilen Jugendarbeit in hohem Mass ehrenamtliche Arbeit geleistet: in den befragten Einrichtungen sind fast doppelt so viele ehrenamtliche wie entlohnte Mitarbeiter/innen tätig (146 ehrenamtlich, 85 entlohnt). Der Stand der Professionalisierung der offenen/mobilen Jugendarbeit im Kanton Aargau erscheint damit äusserst heterogen, ein beträchtlicher Anteil an Einrichtungen arbeitet mit geringen finanziellen Mitteln und mit kleinen Anstellungsgraden professioneller Fachkräfte. Dabei zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen städtischen/Agglomerationsgemeinden und Landgemeinden: Jugendarbeitseinrichtungen in Landgemeinden verfügen im Durchschnitt über deutlich geringere Menge an Stellenprozenten.

So begrüssenswert das hohe Mass an ehrenamtlicher Arbeit in der offenen/mobilen Jugendarbeit ist, so kann diese doch nicht den Einsatz von Fachkräften ersetzen, wenn sich offene Jugendarbeit als ein professionelles Angebot der Kinder- und Jugendhilfe und nicht als Betreuungs- und „Bespässpungs“-Angebot versteht. Ein deutlicher Hinweis auf die professionellere Ausrichtung von Einrichtungen mit entlohnnten Fachkräften ist das Ergebnis, dass zielgruppenspezifische Angebote fast ausschliesslich in Einrichtungen mit entlohnnten Mitarbeitenden vorhanden sind. Dass ein Viertel aller befragten Einrichtungen ohne Konzept und damit ohne fixierten fachlichen Überlegungen zu Zielgruppen, Zugangsweisen, Methoden und Zielen arbeitet, verweist ebenfalls darauf, dass nach wie vor ein Professionalisierungsbedarf besteht..

Des Weiteren zeigt sich, dass die politischen Gemeinden bei der Finanzierung offener/mobiler Jugendarbeit eine Schlüsselstelle einnehmen. 76% aller Angebote werden durch

die Wohngemeinde (mit) finanziert. Die Gemeinden tragen bei den befragten Einrichtungen insgesamt 31% der Gesamtsumme aller finanziellen Aufwendungen. In anderen Worten: ohne das Engagement politischer Gemeinden gäbe es kaum Angebote offener Jugendarbeit. In ähnlichem hohen Ausmass, aber auf weniger Angebote verteilt engagieren sich Landeskirchen: die katholische und die evangelisch-reformierte Kirche tragen zusammen 28% der Gesamtsumme aller finanziellen Aufwendungen, 69% aller Einrichtungen werden durch eine Kirche unterstützt. Etwa die Hälfte der Einrichtungen wird zusätzlich durch die Bereitstellung nichtmonetärer Ressourcen unterstützt. Besonders ins Gewicht fällt hier der vergleichsweise hohe Anteil an Räumen und Infrastruktur, der zur Verfügung gestellt wird.

Heterogenität ist auch aus der Sicht des Experten aus der AGJA ein Schlüssel zum Verständnis der Angebotsstrukturen der offenen Jugendarbeit im Kanton Aargau. Problematisch erscheint dabei nicht eine Heterogenität der Programme und Konzepte (die ja durchaus ein Ausdruck zielgruppenadäquater Arbeit sein kann), sondern die teilweise gravierenden Unterschiede in der Ausstattung einschliesslich der Professionalisierung der lokalen Standorte, die weniger im Bedarf als in der Finanzierung und in lokalen Traditionen begründet sind. Vermisst werden vor diesem Hintergrund insbesondere kantonale Vergleichsgrössen und Richtwerte, die als Orientierung für die Ausstattung dienen könnten.

Aufgrund der Erhebungsdaten kann festgehalten werden, dass die Jugendarbeitseinrichtungen im Kanton Aargau relativ viele Kooperationspartner in der eigenen Standortgemeinde und/oder in der Region haben und aktiv mit diesen relevanten Institutionen oder Vereinen im Jugendbereich zusammenarbeiten. Wird die Form dieser Zusammenarbeit jedoch genauer betrachtet, so kann festgestellt werden, dass nur knapp bei einem Drittel der teilnehmenden Jugendarbeitseinrichtungen auch eine institutionalisierte Austauschmöglichkeit in der Standortgemeinde (lokal) besteht, wobei dieser Austausch relativ gering (meistens einmal im Quartal oder halbjährlich) gepflegt wird. Eine Zusammenarbeit findet somit gegenwärtig hauptsächlich interinstitutionell also zwischen den jeweiligen zwei Kooperationspartnern statt und nur bei einem Drittel der teilnehmenden Jugendarbeitseinrichtungen in einem eigens dazu konzipierten Setting.

Der institutionell verankerte regionale Austausch findet insbesondere zwischen den verschiedenen Jugendarbeitseinrichtungen der Region statt. Dieser schwerpunktmässig fachliche/politische Austausch scheint mit knapp zwei Drittel aller teilnehmenden Jugendarbeitseinrichtungen im Gegensatz zum gemeindeinternen Austausch relativ gut ausgebaut zu sein. Auffallend ist hier jedoch die geringe Beteiligung (< 20%) anderer relevanten Institutionen und Personen wie beispielsweise lokale oder regionale Jugendbeauftragte oder Vertretungen aus den Gemeinderäten. Aus den Abbildungen 21 und 22 geht zudem hervor, dass für eine fachliche/politische Zusammenarbeit sowohl innerhalb einer Gemeinde als auch in der Region die politischen Jugendkommissionen und die kommunalen, regionalen und kantonalen Jugendbeauftragten für die Jugendarbeitseinrichtungen von hoher Bedeutung sind. Ein institutionalisierter Austausch mit diesen Kooperationspartnern ist jedoch nur gering vor-

handen. Mit Hinblick auf Professionalisierung und Weiterentwicklung der offenen Jugendarbeit ist dieser fachbezogene Austausch aber zentral.

2.4 Empfehlungen für die offene/mobile Jugendarbeit und Verbandsjugendarbeit

Das Aufwachsen für Kinder und Jugendliche ist in den letzten Jahrzehnten schwieriger geworden und die Risiken, denen Kinder und Jugendliche heute ausgesetzt sind, haben insgesamt zugenommen (Mills/Blossfeld 2003). Vor diesem Hintergrund lässt sich fordern, dass Jugendarbeit ein *Regelangebot* lokaler Kinder- und Jugendhilfe ist, welches flächendeckend angeboten werden sollte. Alle Kinder und Jugendlichen sollten Zugang zu Angeboten offener und verbandlicher Jugendarbeit haben. Die offene und verbandliche Jugendarbeit sollte ausserdem mit so vielen Ressourcen ausgestattet sein, dass sie ihre Leistungen stabil und verlässlich erbringen kann und in der Lage ist, in der Ausgestaltung ihrer Angebote die Anliegen und Interessen der Kinder und Jugendlichen vor Ort flexibel aufzunehmen.

In der Verbandsjugendarbeit ist die ungleichmässige Abdeckung auffällig. Während in manchen Regionen zwei oder drei Verbände aktiv sind, bestehen in anderen Regionen gar keine Angebote von Jugendverbänden. Es wird empfohlen, die *regionale Abdeckung der Verbandsjugendarbeit* zu überprüfen und zu optimieren. Es kann zudem die Frage gestellt werden, inwiefern die Verbandsjugendarbeit vermehrt Jugendliche mit Migrationshintergrund ansprechen kann.

Für den Bereich der offenen Jugendarbeit im Kanton Aargau wird empfohlen, in die *Professionalisierung der Angebote* und die *Ausweitung der Abdeckung* zu investieren. Dies entspricht auch der künftigen nationalen Strategie in der Jugendpolitik. Im totalrevidierten Kinder- und Jugendförderungsgesetz, welches im September 2010 durch den Bundesrat zuhanden des Parlaments verabschiedet wurden, soll die Förderung offener (nicht an Mitgliedschaft oder andere Vorbedingungen gebundener) und innovativer Formen der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gesetzlich verankert und ausgebaut werden.

Professionelle offene Jugendarbeit als Angebot der Kinder- und Jugendhilfe ist auf finanzielle und fachliche Ressourcen angewiesen. Hierbei sind insbesondere die Behördenmitglieder in den Gemeinden gefordert, der offenen Jugendarbeit die dazu notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Obschon die vorliegenden Ergebnisse aufzeigen, dass in sehr vielen Gemeinden des Kantons Aargau ein Bewusstsein für die Relevanz der Jugendförderung und der offenen Jugendarbeit besteht, scheint die Umsetzung, insbesondere die *Mittelsprechung* diesem nicht zu entsprechen. Viele Gemeinden im Kanton Aargau sehen offenbar keine erste Priorität darin, den Ansprüchen an eine zeitgemässe kommunale Jugendförderung (mit der offenen Jugendarbeit als tragender Säule) durch die Bereitstellung angemessener finanzieller und fachlicher Ressourcen zu entsprechen. Die ungleiche Verteilung des Angebots und vor allem das Fehlen flächendeckender Angebote in den eher ländlichen Gemeinden könnte

darauf hinweisen, dass in vielen Gemeinden eine Bereitschaft zum Aufbau eines Angebots vorhanden ist, aber die damit verbundenen Kosten gerade vor dem Hintergrund der Mittel kleinerer Gemeinden als relativ hoch erscheinen. Gerade in solchen Fällen scheint es aussichtsreich, wenn sich Gemeinden vermehrt mit anderen Gemeinden zusammenschließen, um ein Angebot an offener/mobiler Jugendarbeit zu schaffen, welches auf die jeweiligen lokalen Verhältnisse abgestimmt ist und an den Interessen der dort lebenden jungen Menschen anknüpft. Dabei ist auch die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, Leistungen bei einem privatrechtlichen Träger einzukaufen. Eine Regionalisierung der Angebote kann in dieser Hinsicht als Chance verstanden werden. Es wird empfohlen, dass die kantonale Fachstelle ihre diesbezüglichen Angebote einer Beratung und Unterstützung von Gemeinden beim Aufbau von Angeboten weiterführt.

Der Vernetzungsgrad der offenen Jugendarbeit ist, wie dargestellt, innerhalb der Gemeinde hoch, jedoch wenig institutionalisiert und wird über die Gemeindegrenzen hinweg vorwiegend mit anderen Anbietern offener Jugendarbeit gepflegt. In Anbetracht der zunehmenden Komplexität von Problemlöseprozessen zu Themen der ausserschulischen Jugendförderung, bei welchen ganz unterschiedliche Teilsysteme wie beispielsweise Politik, Bildung, Soziale Arbeit und Polizei involviert sind, werden Fragen der Koordination, Kommunikation und Kooperationen zwischen diesen verschiedenen Teilsystemen zentral. Vor diesem Hintergrund erscheinen die gegenwärtigen institutionalisierten Zusammenarbeits- und Kooperationsstrukturen in den Gemeinden des Kantons Aargau als zu gering, um dem in den Standards der Kinder- und Jugendförderung in der Schweiz (KKJF 2010: 7ff) geforderten Anspruch an lokaler und regionaler Vernetzung der verschiedenen Akteure im Jugendbereich gerecht werden zu können. Es empfiehlt sich, die *institutionalisierte Zusammenarbeits- und Kooperationsstrukturen* sowohl auf lokaler als auch auf regionaler Ebene im Kanton Aargau zu fördern.

Die Einschätzungen der lokalen Akteure zum Entwicklungsstand der bestehenden Angebote und zum gegenwärtigen und zukünftigen Bedarf ergeben ein differenziertes Bild: während man mit der räumlichen Ausstattung, der Vernetzung und den Steuerungsformen überwiegend zufrieden ist, werden die Angebotskapazitäten insgesamt als ausbaufähig und in der Tendenz als zu klein angesehen. Dies lässt sich so interpretieren, dass viele Akteure offenbar der Einschätzung zuneigen, dass sich in den bestehenden Räumlichkeiten und mit der vorhandenen Infrastruktur mit mehr Personal (bzw. mehr Stellenprozenten) ein breiteres und differenzierteres Angebot bereitstellen liesse. Tatsächlich scheinen gerade mit Blick auf die faktischen Öffnungszeiten – durchschnittlich 5,4 Stunden/Woche nachmittags und durchschnittlich 4,7 Stunden/Woche abends – die Möglichkeiten eines vielfältigen und interessenorientierten Angebots an offener Jugendarbeit noch bei weitem nicht ausgeschöpft.

Die vorliegenden Antworten auf die Einschätzungsfragen können darüber hinaus wichtige Hinweise auf Weiterbildungs- und Entwicklungsbedarfe geben. So scheint es ein wichtiger Hinweis, wenn die Akteure vor Ort den Mitarbeitenden im Durchschnitt eine hohe Qualifikation attestieren, aber in Fragen des Qualitätsmanagements Unterstützungsbedarf erken-

nen. In ähnlicher Weise lassen sich auch die Antworten auf die Frage nach Themen mit hoher Relevanz und hohem Handlungsbedarf interpretieren. Insbesondere bei den Themen 'Neue Medien', 'Umgang mit Geld und Verschuldung' sowie 'Gewalt in der Familie und Vernachlässigung von Kindern' und 'Integration von ausländischen jungen Menschen' sehen die Antwortenden sowohl eine hohe Relevanz als auch einen hohen Handlungsbedarf. Dies kann als Hinweis darauf verstanden werden, dass *(Weiterbildungs-)Angebote* zu diesen Themen einem Bedarf entsprechen und gute Resonanz finden könnten. Insbesondere scheinen hier solche Angebote sinnvoll, die die lokalen Akteure darin unterstützen, standortadäquate Konzepte zu entwickeln, die ihnen bei der Bearbeitung der genannten Themen (mehr) im Rahmen ihrer Angebote Handlungssicherheit geben.

Es wird angeregt, dass der kantonale Dachverband (AGJA) und die ebenfalls auf kantonalen Ebene angesiedelte Fachstelle Jugend (im BKSD) ihre jeweiligen Möglichkeiten für eine *fachliche Unterstützung* der lokalen Standorte offener und mobiler Jugendarbeit sichten und sich darüber verständigen, wie sie – teilweise kooperativ, teilweise arbeitsteilig – einen Fachsupport anbieten können, der sich an den Themen und Bedarfen der Akteure vor Ort orientiert. Zum anderen könnten Dachverband und Fachstelle sich darauf verständigen, wie sie dazu beitragen können, dass innovative Ansätze und Impulse aus den verschiedenen Standorten innerhalb der bestehenden Jugendarbeitslandschaft bekannt werden.

3 Literaturverzeichnis

- Bertelsmann Stiftung (2004). Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Ergebnisse einer Strukturdatenerhebung in 564 Städten und Gemeinden. Unveröffentlichtes Manuskript. Gütersloh.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010). Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. URL: <http://www.kindergerechtes-deutschland.de/publikationen/> [Zugriffsdatum: 15.2.2011].
- Coradi Vellacott, Maja (2007). Bildungschancen Jugendlicher in der Schweiz. Eine Untersuchung familiärer, schulischer und sozialräumlicher Einflüsse auf Leistungsunterschiede am Ende der obligatorischen Schulzeit. Zürich: Rüegger Verlag.
- Fauser, K./Fischer, A./Münchmeier, R. (2006). Jugend im Verband: Band 1, Jugendliche als Akteure im Verband. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der Evangelischen Jugend. Leverkusen: Budrich.
- Gomolla, Mechtild/Radtke, Frank-Olaf (2002). Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. Opladen: Leske + Budrich.
- Jaun, Thomas (2001). Angst vor Kindern? Die Notwendigkeit der Kinderpartizipation und Wege dazu. Bern: BLMV.
- KKJF (2010). Standards der Kinder- und Jugendförderung. Positionspapier. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Kronig, Winfried (2007). Die systematische Zufälligkeit des Bildungserfolgs. Theoretische Erklärungen und empirische Untersuchungen zur Lernentwicklung und zur Leistungsbewertung in unterschiedlichen Schulklassen. Bern: Haupt Verlag.
- Merchel, Joachim (2002). Sozial- und Jugendhilfeplanung. In: Thole, Werner (Hg.). Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. Opladen: VS. S. 617-631.
- Mills, M./Blossfeld, H.-P. (2003). Globalization, Uncertainty and Changes in Early Lice Courses. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft. 6. Jg. S. S. 188-219.
- Quesel, Karsten/Oser, Fritz (2006). Die Mühen der Freiheit : Probleme und Chancen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen Zürich: Rüegger.
- Rickenbacher, Iwan et al. (2005). Demokratie leben. Demokratie lernen
- Sturzenhecker, B. (2005). Institutionelle Charakteristika der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Deinet, U./Sturzenhecker, B. (Hg.). Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit (3. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Vollmer, Thomas (2008). Strategie für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik. In: Soziale Sicherheit CHSS. (5). S. 258-261.